

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Prävention stärken und Drogenrisiken senken mit Drugchecking

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Einführung eines Berliner Modellprojekts „Drugchecking und Prävention“ auf der Basis der Erfahrungen der Drugchecking-Projekte in Wien, Zürich, Bern und anderen europäischen Städten zu prüfen und vorzubereiten. Das Projekt soll mit Hilfe einer Überprüfung von Drogen auf Wirkstoffgehalt und Beimengungen über gesundheitliche Risiken des Drogenkonsums aufklären.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2011 zu berichten.

Begründung

Der Konsum synthetischer Drogen steigt. Darauf hat zuletzt die Drogenbeauftragte der Bundesregierung anlässlich der aktuellen Zahlen über Drogentote nachdrücklich hingewiesen (Pressemitteilung vom 17.03.2011). Auch für BKA-Präsident Jörg Ziercke gibt der Konsum synthetischer Drogen Anlass zur Sorge: „Da sich die Wirkstoffzusammensetzung eines Produkts oftmals verändert, wissen die Konsumenten nicht, welchen Wirkstoff sie in welcher Konzentration einnehmen.“ Vor oft unterschätzten und unkalkulierbaren Gefahren warnt auch Rudolf Egg, Leiter der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden: „Man schluckt eine Pille – und weiß nicht was drin ist.“ (Süddeutsche Zeitung 25.03.2011).

Ein Großteil beschlagnahmter Ecstasy-Tabletten enthielt statt des „klassischen“ Ecstasy-Wirkstoffs MDMA vor allem m-CCP und andere Substanzen, die gesundheitsschädlich sind oder über deren toxikologische Eigenschaften wenig bekannt ist. In beschlagnahmtem Kokain wurde Phenacetin, Tetramisol und Levamisol festgestellt sowie das bei intravenösem Konsum häufig tödliche Lidocain (vgl. Bericht 2010 des nationalen REITOX-Knotenpunkts an die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, Kapitel 10.4.2).

Der Konsum illegaler Drogen birgt nicht nur aufgrund der Substanz selbst erhebliche gesundheitliche Gefahren, sondern auch aufgrund von Beimengungen und Unklarheit über den Wirkstoffgehalt. Gerade bei den im Berliner Nachtle-

ben verbreiteten synthetischen Drogen ist den Betroffenen meist völlig unklar, was genau sie dort mit welchen Risiken konsumieren.

Zur Reduktion der Gesundheitsrisiken bieten immer mehr europäische Städte Projekte an, die es den DrogenkonsumentInnen ermöglichen, die auf dem Schwarzmarkt erworbenen Drogen auf ihren Substanzgehalt analysieren zu lassen. Drugchecking-Projekte existieren unter anderem in Wien (www.checkyourdrugs.at), in Zürich (www.saferparty.ch), in Bern (www.gef.be.ch/gef/de/index/gesundheit/gesundheit/partydrogentesting.html), in 29 niederländischen Städten (www.drugs-test.nl/waar-kan-ik-drugs-laten-testen), sowie in Spanien, Frankreich und Belgien.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass mit solchen Projekten einem leichtfertigen Umgang mit „Partydrogen“ erfolgreich entgegengewirkt werden kann. Niedrigschwellige Angebote können mit Aufklärung und Prävention verbunden werden. Die Reichweite des Drogenhilfesystems wird erweitert. Zudem lassen sich fundierte Erkenntnisse über im Umlauf befindliche Drogen und Konsummuster gewinnen, die die Präventionsarbeit verbessern können. Auf die Wirksamkeit von Drugchecking als Instrument der Gesundheitsförderung verweisen auch wissenschaftliche Studien. Eine vom Kriminologischen Institut der Universität Amsterdam begleitete Studie kommt darüber hinaus zu dem Schluss, dass Testangebote den Drogenkonsum verzögern und gerade bei Unentschlossenen verhindern. Zu einer Steigerung des Drogenkonsums führe Drugtesting nicht. (A. Benschop/M. Rabes /J. Korf: Pill Testing, Ecstasy & Prävention – Eine wissenschaftliche Evaluationsstudie in drei europäischen Städten, Amsterdam 2002)

In Berlin gab es bereits 1995/1996 ein Drugchecking-Projekt, das von dem Verein Eve&Rave in Zusammenarbeit mit der Charité durchgeführt wurde. Eine gerichtliche Prüfung ergab, dass seitens des Projektes kein strafbares Verhalten vorlag. Das Projekt wurde aber mangels politischer Unterstützung nicht fortgeführt. Seitdem gibt es in Berlin – anderes als in anderen deutschen Großstädten – auch kein anderes Projekt, das spezifisch Suchtprävention in der Partyszene betreibt.

Zur Schaffung eines neuen Drugchecking-Projekts in Berlin sind zunächst unterschiedliche Möglichkeiten zu prüfen. Denkbar ist ein ambulantes Angebot, das mit einem mobilen Labor in der Partyszene präsent ist. Möglich sind aber auch stationäre Angebote, bei denen KonsumentInnen die Substanzen z.B. in Drogenberatungsstellen zur Analyse abgeben. In jedem Fall wäre das Projekt zu verbinden mit Prävention und Aufklärung über gesundheitliche Risiken. Es bietet sich an, zunächst ein Modellprojekt zu schaffen und über eine Begleitforschung Fragen hinsichtlich der Gestaltung eines dauerhaften Angebots zu klären.

Unterschiedliche Modelle des Drugcheckings werfen in unterschiedlicher Weise Fragen der Vereinbarkeit mit dem Betäubungsmittelgesetz auf. Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages von 2009 (WD 7 – 3000 – 003/09) zeigt, dass eine bundesrechtliche Klärung der Bedingungen wünschenswert wäre, Drugchecking aber auch nach geltender Rechtslage möglich ist. Unstrittig ist, dass Apotheken (auch Krankenhausapotheken) nach § 4 Betäubungsmittelgesetz Drogen ohne besondere Erlaubnis des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte entgegennehmen und analysieren dürfen. Nach § 3 Abs. 2 BtMG kommen auch andere Institutionen in Betracht, die für wissenschaftliche oder andere Zwecke, die im öffentlichen Interesse liegen, eine Erlaubnis erhalten könnten. Zudem sei darauf verwiesen, dass 1997 im Rahmen eines Bremer Notfallprogramms Heroinproben auf Grundlage einer Vereinbarung von Landesregierung, Staatsanwaltschaft und Drogenhilfe untersucht werden konnten – auch ohne Erlaubnis durch das Bundesinstitut.

Bei der Konzipierung eines Berliner Modellprojekts kann zum einen auf die Vorarbeiten der „DrugChecking-Initiative Berlin-Brandenburg“ zurückgegriffen werden (www.drugchecking.de). Zum anderen haben sich die bestehenden europäischen Drugchecking-Projekte vernetzt und tauschen sich über Erfahrungen und Ergebnisse ihrer Arbeit aus. Der Aufbau einer europaweiten Datenbank („Trans European Drug Information“, TEDI) ist Teil eines von der Europäischen Kommission geförderten Projekts zur Risikominderung und Gesundheitsförderung im Nachtleben (s. www.safernightlife.org).

Berlin, den 05. April 2011

Pop Ratzmann Lux Kosche Herrmann
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN